

The background is a solid dark red color. In the upper right corner, there are several thin, white, intersecting lines that create a geometric pattern, resembling a stylized sunburst or a network of connections.

Selbstverständnis

Wer wir sind & was wir wollen

Antifaschistische Linke Freiburg (IL)

organisiert in der Interventionistischen Linken

	Erinnern heißt Handeln
	Linke Geschichtsbezüge im Ringen um die kommende Welt
.2	
	Antifaschismus
	Aktiv gegen neue & alte Rechte
.4	
	Feminismus
	Revolutionär & antirassistisch
.8	
	Klasse, Klassenkampf, Klassenbewusstsein
.10	
	Kapitalismus
	Das System ist die Krise
.14	
	Internationalismus
	Klassenkampf statt Vaterland
.16	
	Kapitalismus & Krieg
	„Wie die Wolke den Regen“
.17	
	Projekt Kommunismus
	Von Gegenmacht und Widersprüchen
.19	
	outro
.23	

Antifaschistische Linke Freiburg (IL)

www.antifaschistische-linke.de

twitter.com/antifafreiburg

info@antifaschistische-linke.de

2., aktualisierte Fassung Nov. 2017 [2009]

Druck: Druckwerkstatt Renchen

Was bedeutet der Unterstrich_?

Mit dem Unterstrich wollen wir in unseren Texten auch all den Menschen Raum geben, die sich nicht den Kategorien Mann oder Frau zuordnen. Damit meinen wir explizit Personen, die sich als Transgender, Transsexuell, Intersexuell oder Queer verstehen.

intro

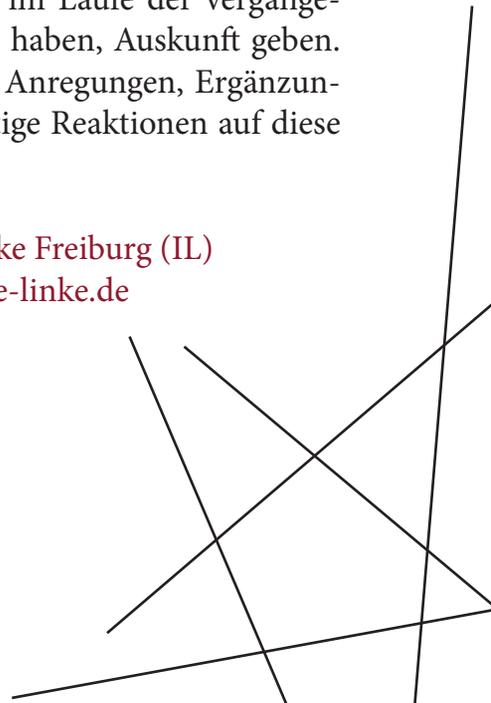
Die Antifaschistische Linke Freiburg ist 2009 u.a. aus der Antifaschistischen Aktion Freiburg hervorgegangen. 2015 sind wir der Interventionistischen Linken (IL) beigetreten, einem Projekt bundesweiter Organisation, in welchem wir mit vielen anderen Gruppen für die Abschaffung aller Verhältnisse streiten, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist. Mit diesem Beitritt zogen wir die organisatorische Konsequenz aus unserer bisherigen Praxis. Daraus folgt, dass wir unser Selbstverständnis, mit dem wir 2009 nach außen getreten sind, aktualisiert haben. Manches haben wir verändert oder angepasst, wenngleich wir einige Grundkonstanten beibehalten haben. Dabei ist auch dieses Papier eine Momentaufnahme, die unseren gegenwärtigen Diskussionsstand widerspiegelt und sich dabei mit uns weiterentwickelt. Ausgangspunkt ist für uns die Überlegung, wie wir uns lokal und überregional an einem Ringen um gesellschaftliche Gegenmacht beteiligen wollen und können.

Wir möchten gleich zu Beginn betonen, dass die Bekämpfung alter und neuer Nazis für uns weiter höchste Priorität haben wird. Doch wie bereits der Sozialphilosoph Max Horkheimer wusste: *„Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“*. Das bedeutet für uns, dass das Ernstnehmen der Losung „Nie wieder Auschwitz!“ die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise zum Ziel haben muss. Wir wollen daher auch weiterhin verbindlich,

vertrauensvoll und solidarisch antikapitalistische Politik organisieren, handlungsfähig und wirkmächtig machen. Wir sehen uns dabei in der Tradition der internationalen Arbeiter_innenbewegung. Wir möchten feministische Kämpfe, das Engagement gegen Rassismus und Ausgrenzung, das Eintreten gegen Sozialabbau und Austerität, den Aufbau einer linken Gegenkultur, Arbeit gegen den neuen alten deutschen Imperialismus und internationalistische Praxis unter dem Dach einer inhaltlichen Begründung und mit konsequent antikapitalistischer Ausrichtung führen. Dabei haben wir den Anspruch aus der Seifenblase der „linken Szene“ auszubrechen und in die Gesellschaft zu wirken. Wir als Linke in der BRD befinden uns in der Defensive und müssen nach neuen Wegen suchen. Das bedeutet: kleinteilige, zermürbende Aufbauarbeit leisten, mit dem Ziel gesellschaftliche Relevanz zu erlangen und als Gruppe und Bewegung zu wachsen.

Weil es die Kommunist_innen verschmähen, ihre Absichten zu verheimlichen, wollen wir auf den folgenden Seiten über unsere theoretischen Grundannahmen und Grundkonstanten in unserer praktischen Ausrichtung, welche wir im Laufe der vergangenen Jahre erarbeitet haben, Auskunft geben. Wir freuen uns über Anregungen, Ergänzungen, Kritik und sonstige Reaktionen auf diese Neufassung.

Antifaschistische Linke Freiburg (IL)
www.antifaschistische-linke.de



Erinnern heißt Handeln

Linke Geschichtsbezüge im Ringen um die kommende Welt

Auch wenn sich die meisten Menschen wohl eher ein Ende der Menschheit vorstellen können, als ein Ende des Kapitalismus, so ist er doch nichts Unabänderliches. Als von Menschen geschaffen, kann der Kapitalismus genauso durch ihr Handeln verschwinden. Das bedeutet nicht, dass wir uns einfach zurücklehnen und auf den Zusammenbruch des Kapitalismus warten können. Vielmehr liegt es an uns.

Um in aktuellen Auseinandersetzungen den Durchblick zu behalten, lohnt der Blick zurück. Es bedarf des Aufbaus auf den Erfahrungen vergangener Kämpfe und Bewegungen. Dafür vertrauen wir auf das kollektive Gedächtnis der Linken. Erinnern meint für uns dabei weder sinnentleertes Ritual noch die Beschäftigung mit Geschichte im Sinne der bürgerlichen Wissenschaft: Erinnern ist für uns immer die Aneignung und Verteidigung unserer Geschichte. Erinnern heißt für uns immer auch kämpfen. Dies bedeutet nicht nur, dass uns unsere Geschichte antreibt, motiviert und uns Verpflichtung ist, sondern auch, dass wir als Linke um die Deutungshoheit unserer Geschichte kämpfen müssen. Und genau auf diesem Gebiet sehen wir gravierende Entwicklungen im Gange.

Der Vergangenheit eine Zukunft

In jüngster Vergangenheit werden wir immer stärker mit einer rechten Umdeutung der Geschichte konfrontiert, die sich oft hart an der Grenze zum Revisionismus

befindet, da sich die Opfer des Faschismus kaum mehr gegen ihre Vereinnahmung wehren können. Je weniger Menschen ihre moralische und politische Autorität als antifaschistische Widerstandskämpfer_innen in die Waagschale der geschichtlichen Auseinandersetzung werfen können, desto mehr sind wir gefordert, unsere Geschichte lebendig zu halten. Dies beinhaltet die Einnahme eines Klassenstandpunkts auch im Ringen um die Geschichtsbilder. Auf die ebenso bewegende wie wortgewaltige Unterstützung von Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern, die 1999 anlässlich der ersten offenen militärischen Beteiligung Deutschlands an einem Angriffskrieg nach 1945 klar stellten, dass man Jugoslawien nicht in ihrem Namen bombardieren kann, werden wir in naher Zukunft nicht mehr zählen können.

Wie tiefgreifend und erfolgreich dieser geschichtspolitische Angriff war, ist heute überall mit Händen zu greifen. Etwa wenn grüne Politiker_innen Kriege nicht trotz, sondern gerade wegen Auschwitz führen wollen; wenn der neurechte „Verfassungsschützer“ Eckhard Jesse anlässlich des Jahrestags der nach Gurs deportierten Jüd_innen in der Freiburger Universität über den „weichen Extremismus“ der Linkspartei spricht; wenn wir uns die Unverschämtheit anhören müssen, dass das KZ Buchenwald „1945 in die Unfreiheit befreit“ wurde; wenn es normal geworden

„Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politiker mit den Toten von Auschwitz [...] betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik geborene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. [...] Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungsmitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus [...]. Sich als Begründung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam.“

Esther Bejarano, Peter Gingold, Kurt Goldstein, Walter Bloch, Henny Dreifuß, Günter Hänsel, Werner Stertzenbach, Hans Frankenthal, Rudi Lippmann, Erhard Deutsch, Vera Mitteldorf, Werner Krich, Irmgard Konrad, Maricha und Adi König, ‚Gegen eine neue Art der Auschwitz-Lüge‘. Offener Brief an die Minister Fischer und Scharping (Frankfurter Rundschau, 23. April 1999)

ist, das Nazi-Regime und die DDR als die „beiden deutschen Diktaturen“ zu bezeichnen.

Es gibt kein Ende der Geschichte

In den Jahren 1989-91 ging der erste Versuch ein sozialistisches Projekt im großen Stil langfristig Realität werden zu lassen zu Ende. Dieses Ende bot den Herrschenden die Möglichkeit ihre Macht zu festigen. Und das haben sie getan. Keine Gelegenheit wird versäumt angesichts dieser Niederlage den Sozialismus als politischen Bezugspunkt für erledigt zu erklären und uns vor Augen zu führen, dass Widerstand zwecklos sei. Der Sieg des Kapitalismus als einzig „funktionierende“ Form der Organisation menschlichen Zusammenlebens und damit ein Ende der Geschichte wird verkündet. Davon ausgehend gewannen auch die Herrschenden in der BRD praktisch neues Selbstbewusstsein und scheuen sich mittlerweile nicht mehr eine Führungsrolle innerhalb Europas zu beanspruchen und ihre imperialistischen Ansprüche auch darüber hinaus offen zu verfolgen. Notwendig einher ging damit die Relativierung der Schrecken des Zweiten Weltkriegs und des faschistischen Massenmordes. Die im Nachkriegsdeutschland nur mühsam erprobte Zurückhaltung wich der offenen Aggression. Was vor 1990 angesichts der deutschen Geschichte nicht denkbar gewesen wäre, ist mittlerweile fast schon Normalität: die Beteiligung Deutschlands an zahlreichen Kriegen dieser Welt. In der ehemaligen DDR fand Anfang der 90er eine beispiellose Enteignung sämtlicher gemeinschaftlicher Güter statt, die vielerorts Perspektiv- und Arbeitslosigkeit statt blühender Land-



Gedenkaktion für Disloz Bahar (Kevin Jochim) auf dem Freiburger Augustinerplatz. Der junge Antifaschist und Internationalist war am 6. Juli 2015 beim Kampf gegen den IS in Rojava gefallen.

schaften hinterließ und spätestens seit den 00er Jahren sind wir im ganzen Land mit einer Privatisierungswelle und dem Abbau sozialer Sicherungssysteme und damit der neoliberalen Neuordnung des Kapitalismus konfrontiert.

Der Blick zurück nach vorn

Wie können wir uns gegen die Umdeutung unserer Geschichte wehren? Wir müssen uns wieder ein lebendiges Geschichtsbild aneignen, das uns Motivation und Verpflichtung, Antrieb und Selbstbewusstsein in den tagespolitischen Kämpfen gibt. Wir müssen uns der Diskreditierung der linken Hoffnung in den Weg stellen und eine realistische Perspektive jenseits dieser Gesellschaftsordnung aufzeigen. Es ist keine Utopie und ahistorische Wunschvorstellung, die uns antreibt, sondern das Wissen um die Möglichkeit der Veränderung. Kapitalismus als Gesellschaftsform ist weder natürlich und unabänderlich, noch wünschenswert. Das Kapital hat einen Etappensieg errungen, doch

für uns bedeutet das nicht, dass wir uns zurücklehnen und uns inscheinbar Unvermeidliche fügen, sondern dass auch der Sozialismus einen neuen Anlauf brauchen wird.

Eine der wichtigsten Aufgaben dabei ist, der unsäglichen Gleichsetzung von Links und Rechts entgegenzutreten. Mit all ihren Auswirkungen auf die Geschichtsschreibung von Faschismus, Krieg und Widerstand, aber auch auf die Dämonisierung der Arbeiter_innenbewegung und der sozialistischen Staaten. Wir müssen unsere Geschichte gegen Angriffe von rechts verteidigen. Und das tun wir am besten, wenn wir im Wissen um unsere Geschichte – all ihrer Verdienste und Errungenschaften, aber auch der Fehler und Niederlagen – voranschreiten und uns bewusst halten: So, wie es ist, wird es nicht bleiben! Und so für eine Aneignung und Verteidigung der Geschichte der Linken, unserer Geschichte, eintreten.

Antifaschismus

Aktiv gegen neue & alte Rechte

Als am 8. Mai 1945 die militärische Niederlage Deutschlands endlich feststand, war die Bilanz des vom deutschen Faschismus entfesselten Krieges in der Menschheitsgeschichte beispiellos. Etwa 60 Millionen Menschen verloren in kürzester Zeit ihr Leben, davon allein mehr als 25 Millionen Bürger_innen der überfallenen Sowjetunion. Sechs Millionen Jüd_innen wurden systematisch vergast, erschlagen, erhängt, erschossen. Politische Gegner_innen, Sinti_ze und Rom_nja und Sinti_zze, Homosexuelle, Menschen mit Behinderung oder von den Nazis als „asozial“ diffamierte Menschen wurden massenhaft Opfer der faschistischen Herrschaft. Für uns als Linke in Deutschland bleibt der Schwur von Buchenwald auch über 70 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus historische Verpflichtung.

„Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht! Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel. Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig.“ Schwur der Häftlinge von Buchenwald

Angesichts der Tatsache, dass es immer weniger Zeitzeug_innen gibt, die aus erster Hand von den Verbrechen der deutschen Faschist_innen und vom Widerstand erzählen können, ist es für uns Notwendigkeit zu erinnern und zu handeln. Praktisch bedeutet dies rassistische Politik und menschenverachtende Einstellungen auch heute zu bekämpfen, mit dem Wissen, dass sie auch immer der Anfang von etwas sein könnten, was wir uns nicht vorstellen wagen. Denn die Wurzeln des Nazismus sind im heutigen Deutschland in keiner Weise beseitigt. Nicht nur die personellen Kontinuitäten nach 1945, nicht nur der immer noch erschreckend verbreitete Antisemitismus und Rassismus in der Bevölkerung, nicht nur die großdeutsche Besoffenheit der 1990er Jahre und die neofaschistischen Pogrome sind hierfür Indizien. Sondern auch die Tatsache, dass die ökonomische Basis des Faschismus, nämlich die Kapitalherrschaft, bis heute nicht beseitigt ist.

„Wer vom Kapitalismus nicht reden will...“

Das Leugnen des Klassengegensatzes und die Unterordnung der Arbeiter_innen unter das Kapital im Interesse der „nationalen Einheit“ sind zentrale Merkmale der Volksgemeinschaftsideologie und der faschistischen Herrschaft.

Die Tatsache, dass der Faschismus von breiten Teilen der deutschen Bevölkerung getragen und unterstützt wurde, steht hierzu nicht im Widerspruch. Der Faschismus unterscheidet sich von der Militärdiktatur gerade durch das ideologische Moment und die Tatsache, dass eine Durchdringung der Massen stattfindet. Voraussetzung für die Festigung des faschistischen Regimes war die weitgehende Vernichtung der sozialistischen und kommunistischen Arbeiter_innenbewegung als inneren Feind und erbitterten Gegner der Nazi-Herrschaft. Die Folgen sind heute noch spürbar. Die Schwäche der Linken und die mangelhafte Verwurzelung in der Arbeiter_innenklasse sowie die schwache Protestkultur hierzulande im europäischen Vergleich sind auch das Resultat dieser nahezu vollständigen Zerschlagung der Arbeiter_innenbewegung - einer Bewegung, die dem deutschen Kapital gefährlich zu werden drohte. Das Bündnis der deutschen Bourgeoisie mit der vor allem vom Kleinbürgertum getragenen faschistischen Bewegung war durch zwei Aussichten motiviert: Die gründliche Ausplünderung Europas und der Welt sowie die Gewissheit, dass der Kampf gegen den Marxismus ein zentrales Moment der Ideologie der Nazis darstellen würde. Die Bekämpfung der Arbeiter_innen-

bewegung stand sehr früh auf der Agenda zur „Vereinfachung der Demokratie“, worin eine Deckungsgleichheit in den Interessen des deutschen Kapitals mit der Programmatik der NSDAP deutlich wird.

Über Jahrzehnte war die Rolle des deutschen Kapitals als Profiteur, Förderer und Finanzier des deutschen Faschismus unbestritten. Der sicherlich kommunistusunverdächtige Thomas Mann charakterisierte diese im US-amerikanischen Exil wie folgt: „Was zerstört werden muß, ist die unglückselige Machtkombination, das weltbedrohende Bündnis von Junkertum, Generalität und Schwerindustrie.“ Wer wollte diese Tatsache nach der millionenfachen Versklavung von Zwangsarbeiter_innen, nach der Ausbeutung durch Thyssen, IG Farben, Carl Zeiss etc. bestreiten? In einem Land, in dem Guido Knopp und Götz Aly als Historiker gelten, ist hingegen alles möglich. Letzterer hat in seinem Buch „Hitlers Volksstaat“ die deutsche Unternehmerschaft gar als Opfer (!) nationalsozialistischen Sozialwahns ausgemacht.

Was für eine Beleidigung aller Opfer der faschistischen Versklavung: die Profiteur_innen zu Opfern zu machen – diese Dreistigkeit hat vor Aly kaum jemand besessen. Sein durchschaubarer Versuch, den fortschreitenden Sozialabbau als Vergangenheitsbewältigung zu legitimieren, wurde vom Satiremagazin Titanic mit treffsicherer Polemik wie folgt beantwortet: „Und so müßtet Ihr Krupps und Flicks weiter in bitterster Armut dem Sieg der Alliierten entgegenfeiern, so wie alle Eure Zwangsarbeitersklaven. Wahrlich, Ihr solltet eine eigene Gedenkstätte in Auftrag geben – ein großes Sparschwein mit der Aufschrift: `Denkmal für die vom Hitler-Regime ausgeplünderten und bis aufs Blut gereizten deutschen Kapitalisten, die zwischen 1939 und 1945 draufgezahlt haben oder sogar total leer ausgegangen sind. Falls das niemand freiwillig errichten möchte, dann versucht es doch abermals mit polnischen und weißrussischen Zwangsarbeitern. Die tun fast alles für Euch, wenn Ihr die SS wieder mitbringt.“

Oft wird behauptet, dass es an Beweisen der Verbindung von faschistischer Bewegung und Kapital mangle und der bürgerliche Staat inzwischen ja mitunter gegen faschistische Gruppierungen vorgehe. Dennoch sollte man sich hüten, den Schluss zu ziehen, das Bündnis mit dem Faschismus sei für das Kapital keine Option mehr. Dieses hat nicht jederzeit ein aktives Interesse am Faschismus. Für das Kapital ist die bürgerliche Demokratie eine Möglichkeit, Profit zu erwirtschaften. Wie die Geschichte jedoch nicht nur in Deutschland, sondern auch in Spanien, Chile, Italien oder Argentinien bewiesen hat, ist der Faschismus für die Bourgeoisie eine Herrschaftsoption unter vielen, die sie zu ziehen bereit ist, wenn sie sich in ihrer Existenz bedroht sieht. Gerade in Krisenzeiten, wenn der Druck, der auf den Lohnabhängigen lastet, immer stärker wird, die linke Opposition wächst und für die herrschende Klasse gefährlich werden kann, wird der Faschismus zu einer systemerhaltenden Option. Er steht für eine kompromisslose Politik



gegenüber der Linken und garantiert durch die Intensivierung der Ausbeutung der Lohnabhängigen die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsweise. Wer die Losung „Nie wieder Auschwitz!“ daher ernst meint, muss die Überwindung des Kapitalismus zum Ziel haben.

Dem Rechtsruck entgegentreten

Das politische Klima und der öffentliche Diskurs in der BRD verschieben sich zunehmend nach rechts. Die aktuelle Situation ist gekennzeichnet von rechten Wahlerfolgen, Protesten auf der Straße durch Pegida und Ableger und einem starken Anstieg rechter Übergriffe und Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte sowie Linke und Andersdenkende. Für uns als Antifaschist_innen stellt sich die Frage, wie wir auf diese Entwicklungen reagieren. Eins ist klar: Antifaschistische Politik darf sich nicht nur auf die Bekämpfung „traditioneller“ faschistischer Kräfte beschränken. Neben klar neonazistischen Organisationen und Parteien wie beispielsweise der NPD und freien Kameradschaften muss sich eine linke Praxis mehr denn je mit neu-rechten Kräften auseinandersetzen und einen effektiven Umgang finden.

Exemplarisch hierfür steht die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD), die sich seit 2013 als neue politische Kraft rechts der CDU/CSU positioniert und auch als parlamentarischer Arm eines rechten Massenphänomens fungiert. Die AfD ist heterogen und bietet unter anderem rassistischen, antifeministischen und neoliberalen Positionen eine

neue politische Heimat. Mittlerweile ist es der AfD gelungen, sich als Wahlalternative zu präsentieren. Zudem hat sie das geschafft, was andere rechte Organisationen bisher nicht vollbringen konnten: Sie vereint in ihren Reihen den rechts-konservativen, bürgerlichen Rand mit dem völkischen Flügel und bietet auch offen faschistisch auftretenden Kreisen eine öffentlichkeitswirksame Plattform. So gelingt es ihr, das gesellschaftliche Klima und den politischen Diskurs weiter nach rechts zu verschieben.

Im Zuge dieses Rechtsrucks fühlen sich Rassist_innen ermutigt Brandanschläge auf Flüchtlingsheime durchzuführen, während Faschist_innen auf öffentlichen Veranstaltungen wie Pegida ihre Inhalte scheinbar bürgernah präsentieren und neue Anhänger_innen gewinnen können. Die heterogene Zusammensetzung der Neuen Rechten vereint damit Parlament und Straße sowie rechts-konservative Werte mit faschistischen Inhalten. Zudem gelingt es ihnen, den vorhandenen Rassismus in der Bevölkerung verstärkt anzusprechen und zu mobilisieren. Auf diese Entwicklungen müssen wir als Antifaschist_innen reagieren, neue Strategien entwickeln und diese umsetzen.

Ein richtiges Vorgehen in der Bekämpfung der Neuen Rechten können wir zu diesem Zeitpunkt noch nicht darlegen. Essentiell ist es jedoch in unseren Augen, dass wir uns als antifaschistische Linke nicht nur auf den notwendigen Abwehrkampf beschränken dürfen. Vielmehr müssen wir die soziale Frage stellen und entschie-



den der forcierten Spaltung der Lohnabhängigen entgegentreten. Wir müssen in gesellschaftliche Kämpfe intervenieren und Widersprüche aufzeigen. Für uns darf es keine Trennung zwischen antifaschistischem Abwehrkampf und revolutionärer Praxis geben. Wir müssen die Kämpfe verbinden und eine Perspektive jenseits von Unterdrückung, Ausbeutung und Rassismus aufzeigen. Viele Merkmale der hiesigen Gesellschaftsordnung wie die Abschottungspolitik, die Selektion in Menschen, „die uns nutzen“, und Menschen, „die uns ausnutzen“, die Standortkeule, also die Forderung nach Bescheidenheit im Arbeitskampf im „nationalen Interesse“, Sozialabbau, aggressive Außenpo-



litik sowie repressive Innenpolitik müssen Gegenstand antifaschistischer Kritik sein. Denn all dies - Leistungszwang, Konkurrenzdruck, Verwertungslogik usw. - schafft ein gesellschaftliches Klima, in dem die Faschist_innen mit ihrer Hetze auf fruchtbaren Boden stoßen können. Als klassenbewusste Linke müssen wir betonen, dass ein politischer Rechtsruck für die große Mehrheit der Menschen keine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse bedeutet, sondern im Gegenteil nur einem höchst überschaubarem Teil nutzt.

Unserer Einschätzung nach besteht durchaus die Gefahr, dass im Zuge einer voranschreitenden ökonomischen Krise, einer deutlichen Verschlechterung der

Lebensverhältnisse und steigender sozialer Auseinandersetzungen faschistische Kräfte als eine mögliche Absicherung der herrschenden Klasse von dieser unterstützt werden, wobei dies nur eine der denkbaren Varianten einer autoritären Wende ist. Insbesondere die Transformation bürgerlicher Demokratien in Polizeistaaten, die repressiv nach innen und kriegerisch nach außen agieren, scheint eine Option zu sein und kann durch die Strukturen der Neuen Rechten begünstigt werden. Durch ihre Scharnierfunktion hat sie eine größere Reichweite und die AfD als ihr parlamentarischer Arm ist in der Lage, Themen im gesellschaftlichen Diskurs zu setzen. So wirkt die Neue Rechte daran mit,

ein allgemeines Bedrohungsszenario aufzubauen und autoritäre Antworten darauf als alternativlos darzustellen.

In Zukunft müssen wir uns unseren politischen Gegner_innen auch auf der Straße entschlossen entgegenstellen. Unsere antifaschistische Arbeit darf sich nicht nur auf eine rein theoretische Auseinandersetzung beschränken. Dabei müssen wir stets auf aktuelle Entwicklungen reagieren, uns mit möglichen Bündnispartner_innen vernetzen und gegen Versuche der Rechten, in der Öffentlichkeit aufzutreten, mit aller Entschlossenheit vorgehen. Die Parole „Kein Fußbreit den Faschisten!“ ist uns praktische Verpflichtung.

Feminismus

Revolutionär & antirassistisch

Wir betrachten den Feminismus als zentralen Bestandteil jeder linken Politik. Der Kampf für eine befreite Gesellschaft, in der ein würdevolles, selbstbestimmtes Leben möglich ist, ist universalistisch und lässt sich nicht auf bestimmte Personengruppen beschränken. Um einen Klassiker zu zitieren sei an Alexandra Kollontai erinnert: „Ohne Sozialismus keine Befreiung der Frau – ohne Befreiung der Frau kein Sozialismus.“

Seit diese Worte gefallen sind, ist einiges an Zeit vergangen. Die Emanzipationsversuche von Frauen schlugen sich in Deutschland in der sogenannten ersten, zweiten und aktuell dritten Frauenbewegung nieder. Dabei wurden und werden mehr Rechte, Handlungsspielräume und Anerkennung erkämpft. Daher sind sie für uns sowohl historische als auch gegenwärtige positive Bezugspunkte im Kampf um Selbstbestimmung. Doch trotz aller Errungenschaften gehört die Unterdrückung von Frauen und von Menschen, die sich nicht innerhalb der herrschenden heteronormativen Strukturen bewegen, auch heute zu unserem Alltag. Dies äußert sich in struktureller und direkter Benachteiligung und Diskriminierung bis hin zu sexualisierter Gewalt, die heute noch immer ein Massenphänomen ist.

Der Kampf dagegen ist keiner, den Frauen alleine führen müssen sollten oder bei dem es darum geht vom „Anderen“ Stereotype, Privilegien oder Rechte abzutrotzen oder zugestanden zu bekommen. Ziel muss es sein, dass alle den gleichen Kampf aus ihrer Situation ableiten können; aus der Position, die sie in dieser Gesellschaft einnehmen, die entlang der Zweiteilung in Mann und Frau organisiert ist. „Alle den gleichen Kampf“ zu führen, bedeutet aber, ihn sowohl individuell - in allen Lebensbereichen und aus dem eigenen Erfahrungshorizont heraus - als auch gemeinsam und in Verständigung mit allen sich als Frauen, Männer, Inter-, Trans-, anders oder nicht definierenden Personen zu führen und zu organisieren, die eine Überwindung der Verhältnisse anstreben.

Geschlechterspezifische Herrschafts- und Machtverhältnisse wechselwirken auch mit ökonomischen. Ökonomische Ausbeutung kann sich, bewusst oder strukturell verankert, geschlechtlicher Diskriminierungsverhältnisse bedienen, ob bei der Lohngleichheit, der Debatte um Frauenquoten oder Eltern- und Mutterschaft. Die Formen der Unterdrückung verändern sich teilweise, sie bleiben unserer Gesellschaft aber eingeschrieben. Auch wenn das Patriarchat älter als der Kapitalismus ist, hat es sich mit dem globalen Siegeszug des Kapitalismus verändert. Die Trennung der unmittelbaren Produzent_innen von den Produktionsmitteln hat die geschlechtlich codierte Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre zur Folge. Im Zuge der Industrialisierung setzte sich so das Ideal der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung mit männlichem Familienernährer durch. Heutzutage scheint das Familienernährermodell teilweise aufgehoben worden zu sein – nur um im Ideal der Doppelverdienenden-Familie auf neuer Stufe reproduziert zu werden. So sind Frauen heute allen Zwängen der Lohnarbeit ausgesetzt, doch verdienen sie durchschnittlich deutlich weniger als Männer, arbeiten häufig als Teilzeitkräfte und Niedriglohn-Dienstleisterinnen. Gleichzeitig wird (unbezahlte) Reproduktionsarbeit nach wie vor fast ausschließlich von Frauen verrichtet. Indem diesen ausbeuterischen Verhältnissen der Schein des Kampfes für die Emanzipation der Frauen verliehen wird, kann deren eigentlicher Sinn, die stumpfe Steigerung des Profits, verschleiert werden: der Traum der Frauenemanzipation wird vor den Karren der Kapitalakkumulation gespannt, feministische Forderungen neoliberal vereinnahmt und ins bestehende System integriert. Dann können Frauen endlich Karriere machen und die Inwertsetzung von Sorgearbeit führt zu neuen prekären Beschäftigungsverhältnissen in „typischen Frauenberufen“ im Erziehungs-, Pflege- und Gesundheitssektor. Hier entstehen wiederum „typische Frauenberufe“, die häufig Wettbewerbsbe-

dingungen rassistisch über Ländergrenzen hinweg fortschreiben und das Lied von der Doppelbelastung der Frau einfach auf einer niedrigeren Gehaltsstufe reproduzieren. So wird die Berufstätigkeit vieler Frauen nicht durch eine kollektive Vergesellschaftung der Reproduktionsaufgaben ermöglicht, sondern durch die Delegation der Hausarbeit, Altenpflege und Kindererziehung an migrantische Frauen. Eine andere Variante, Sexismus und Rassismus gegeneinander auszuspielen, lässt sich dann beobachten, wenn „deutsche Männer“ „ihre Frauen“ vor angeblich bösen Fremden beschützen müssen.

Doch Frauen in Abhängigkeitsverhältnissen zum Mann zu halten, hat eine lange kulturübergreifende Geschichte. Das Gleiche gilt für vielgestaltige andere Unterdrückungsformen, die sich auf Geschlecht und Sexualität beziehen und die Tabuisierung, Diskriminierung und Verfolgung von anderen Lebens-, Reproduktions-, und Versorgungsgemeinschaften zur Folge haben. Dabei beruht die gesellschaftliche Hegemonie von Männern auch auf der Akzeptanz der ihnen zugewiesenen weiblichen Rolle durch Frauen. Dabei geht es nicht darum, Frauen die individuelle Verantwortung für ihre Situation zuzuschieben. Vielmehr muss die gesamtgesellschaftliche Dimension thematisiert werden.

Wie auch der Kapitalismus keine vom Himmel gefallene, immer schon dagewesene Gesellschaftsordnung ist, die irgendeine Form von übergeordneter Natürlichkeit für sich in Anspruch nehmen kann, oder sich aus absurden Konstanten von menschlicher Wesenhaftigkeit bedingt oder erklären lässt, so verhält es sich bei der Ordnung von Gesellschaft entlang

einer Dichotomie von Mann und Frau. Damit meinen wir nicht, dass es keine biologisch wahrnehmbaren, und als solche klassifizierbaren Erscheinungsbilder gibt - wenngleich ganz bestimmt vielfältiger, als unser Personalausweis uns das glauben lassen will. Doch ist eben diese Kategorisierung von Geschlecht das Ergebnis von sozialer Verständigung und Machtverhältnissen.

Es lohnt sich immer für Verbesserungen im Hier und Jetzt zu kämpfen. Dazu zählen institutionelle Maßnahmen, die erstritten werden, genauso wie das Eingreifen in die öffentliche Debatte und das Schaffen eines Bewusstseins bei uns selbst, was wir tun können, um Sexismus und patriarchale Unterdrückung in unserem Alltag und in unseren Strukturen nicht zu reproduzieren. Sicherlich ein hoher Anspruch, der nur mit dem Eingeständnis glaubwürdig ist, dass auch wir als Linke innerhalb der hiesigen Gesellschaft sozialisiert sind. In diesen Geschlechterrollen sozialisiert zu sein heißt, dass man darin auch agiert. Den Anspruch, darüber erhaben zu sein, kann man sich leider noch nicht in Form eines Antifabuttons anheften. Doch wie bei vielen Themen sind wir der Überzeugung, dass es für einen grundlegenden Wandel der Geschlechterverhältnisse, wie wir ihn uns wünschen, einen revolutionären Bruch braucht, insbesondere eine gemeinschaftliche, nicht profitorientierte Form der Vergesellschaftung, in der die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen und Wertschätzung nicht an Verwertbarkeit geknüpft ist. Was wir uns wünschen, ist eine solidarische Gesellschaft, in der sich Menschen als Menschen begegnen können. So einfach ist das und so schwer.



Klasse, Klassenkampf, Klassenbewusstsein

Die heutige Gesellschaft wird als klassenlose dargestellt: selten ist das Proletariat als gemeinsamer Akteur sichtbar. Es scheint sich in lediglich lohnabhängige Individuen aufgelöst zu haben. Dem gegenüber steht die Entwicklung, dass durch das Ende der Sowjetunion und die globale Durchsetzung des Kapitalismus so viele Menschen wie nie zuvor in den kapitalistischen Akkumulationszwang eingebunden sind. Damit sind sie, von ihren Produktionsmitteln getrennt, auf den Verkauf ihrer Arbeitskraft angewiesen. In den Zentren des Kapitalismus vollzieht sich zeitgleich mit der Auflösung der traditionellen Arbeiter_innenidentität die Herausbildung der sogenannten Dienstleistungsgesellschaft. Dabei ergeht es den ebenso vom Lohn abhängigen Angestellten meist nicht besser als den Industriearbeiter_innen. Doch der Begriff des Proletariats ist nicht zwingend an körperliche Arbeit oder den Produktionsort Fabrik gebunden, da er im weitesten Sinn die Abhängigkeit vom Lohn aufgrund des Ausschlusses vom gesellschaftlichen Reichtum und den Mitteln der Reproduktion bedeutet. Dabei definieren formelle Eigenschaften, wie die Existenz eines Lohnarbeitsverhältnisses, jedoch nicht erschöpfend die Klassenzugehörigkeit als vielmehr die Stellung

innerhalb des Produktionsprozesses: wenn eine formell vom Lohn abhängige Vorstandsvorsitzende einer Aktiengesellschaft über Kapital verfügt, Ausbeutung organisiert und ihre Bezahlung sich nicht nach dem Wert ihrer Arbeitskraft sondern nach dem Mehrwert richtet, so ist sie sicherlich keine Proletarierin, sondern vielmehr fungierende Kapitalistin. Durch ihre Stellung im Reproduktionsprozess gehören insofern auch (unbezahlte) Reproduktionsarbeiter_innen, von staatlicher Hilfe abhängige Menschen als auch große Teile der sich in Ausbildung befindenden Menschen zur Klasse der Lohnabhängigen. Gerade diese Verallgemeinerung der Lohnabhängigkeit bewirkt jedoch, dass die Gesellschaften der kapitalistischen Zentren nicht als zwei klar voneinander trennbare Klassen erscheinen, sondern als Ansammlung vielfältigster Lebensrealitäten.

Wenn einerseits zur Zeit nicht die Arbeiter_innenklasse die Klassengesellschaft abschaffen wird und andererseits eine handlungsfähige Linke angesichts von erstarkendem Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus immer dringlicher wird, stellt sich die Frage, wer die potenziellen Träger_innen revolutionärer Verhältnisse sein könnten. So weit die Etappensiege einzelner Kämpfe

von Lohn- und Reproduktionsarbeiter_innen, Mieter_innen oder Geflüchteten auch reichen mögen: ohne eine gesellschaftliche Kontextualisierung bleiben sie angesichts des kapitalistischen Verwertungszwangs allzu oft perspektivlos. Um nicht immer wieder gegen die vom Kapitalismus gesetzten Grenzen zu rennen, ist daher zum einen die Herausbildung eines Klassenbewusstseins notwendig: das Bewusstsein der eigenen Position innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ermöglicht eine Praxis, die auf eine Überwindung dieser abzielen kann. Daraus ergibt sich, dass aus der objektiven Klassenlage nicht automatisch ein bestimmtes Bewusstsein folgt: das Proletariat ist insofern nicht automatisch revolutionär. Zum anderen darf die Forderung nach Abschaffung aller Verhältnisse, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes Wesen ist, nicht abstrakt bleiben, sondern muss in den realen Kämpfen der Lohn- und Reproduktionsarbeiter_innen gegründet sein. In der Verbindung dieser beiden Pole können die Träger_innen revolutionärer Verhältnisse entstehen: das klassenbewusste Proletariat.

Daher ist das Festhalten am Begriff des Klassenkampfes als Klammer zwischen verschiedenen Kämpfen sinnvoll. Indem



die unmittelbaren Produzent_innen von den Produktionsmitteln getrennt werden, ergibt sich zwangsläufig ein Widerspruch zwischen den Interessen des Kapitals und den Bedürfnissen der Menschen, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren. Klassenkampf bedeutet daher nicht nur den Kampf gegen einzelne Kapitalist_innen. Der Kapitalismus setzt auch diese den Gesetzen des Akkumulationszwangs aus, auch wenn sie für die Erhaltung des für sie nützlichen Kapitalismus

mit ideologischer und materieller Gewalt kämpfen. Klassenkampf bedeutet den Kampf des Proletariats zur Wiedererlangung über die Kontrolle der eigenen Reproduktionsbedingungen und der Gestaltung des eigenen Lebens. Er ergibt sich aus der Einsicht, dass ihre einzelnen Kämpfe einen gemeinsamen Problemzusammenhang teilen: den Kapitalismus und all die zu seiner Reproduktion nötigen Voraussetzungen, die das Kapital selbst nicht herstellen kann.



Einander we
ist mach

DEN KOMMUNISMUS



NIEDER
mit der
Bionaden-
Bourgeoisie!

...ndat!

Rechtsruck
Für Sol...

Kapitalismus

Das System ist die Krise

„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“ (Karl Marx)

Allein dieser kleine Absatz beweist, dass die Fähigkeit zum Prognostizieren bei den beiden Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus stärker ausgeprägt war, als bei jeder beliebigen Ratingagentur.

Der Zusammenbruch des US-amerikanischen Immobilienmarkts markierte den Ausbruch einer weiteren globalen Finanzkrise, die dann in eine Krise der Banken, der Staatshaushalte und des Euro überging und noch heute anhält. Doch obwohl die Widersprüche innerhalb der Kapitalfraktionen während der Krise schärfer hervorgetreten sind, wurde der Kapitalismus kaum grundsätzlich infrage gestellt. Die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise werden auf immer höherem Niveau reproduziert und ziehen immer weitere gesellschaftliche Verhältnisse in die Krise hinein. Denn genauso wie die Austeritätspolitik nichts anderes als die Ver-

stärkung der privaten Aneignung gesellschaftlichen Reichtums mit staatlichen Mitteln ist, genauso klar ist auch, dass die ökonomische Krise nicht aus dem Nichts entstanden ist. Je größer die vorausgegangene Konjunktur, desto freier der Fall ins Bodenlose – die Gegenteilstendenzen zum Fall der Profitrate werden wirksam und die Kräfteverhältnisse verschieben sich zugunsten des Kapitals.¹

In den 1970er Jahren geriet der Fordismus in eine tiefe Krise der Kapitalverwertung angesichts rückläufiger Produktivitätszuwächse, steigender Löhne, zunehmender Überkapazitäten sowie Sättigungstendenzen beim Konsumniveau. Als Reaktion auf die Krise schufen die Kapitalfraktionen damals die Voraussetzungen für das Entstehen der heutigen Krise: die Produktion wurde aus den kapitalistischen Zentren in die kapitalistische Peripherie verlagert und die Kapitalfraktionen

kündigten den bisherigen Klassenkompromiss auf, indem sie Lohnsenkungen, Massenentlassungen, den Abbau von Sozialleistungen und die Schwächung von Gewerkschaften durchsetzten. Neben massenhafter Prekarisierung führte dies zur Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für das Kapital durch Deregulierung und Privatisierung, die zur Folge hatten, dass das fiktive Kapital in den letzten Jahrzehnten wesentlich schneller angewachsen ist als das industrielle Kapital. Um überhaupt noch Wachstum generieren zu können, beruhten die letzten Boomphasen so wesentlich auf einer beschleunigten Kreditvergabe. Weil das überakkumulierte Kapital im industriellen Kapital nicht mehr profitabel angelegt werden konnte und die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft begrenzt ist, wurde das überakkumulierte Kapital in den Kreisläufen des Finanzkapitals angelegt.

¹ Wir kritisieren dabei zwei Auffassungen der Krise: erstens eine moralisierende Kritik, die die Krisenursache in einer Gier und Maßlosigkeit von Banker_innen sieht. Großkonzernen, Banken und Spekulant_innen wird dann zum Vorwurf gemacht, dass sie allein ihren Profit im Sinn hätten. Nur: Genau darum geht es im Kapitalismus. Alle Kapitalist_innen – ob groß oder klein – müssen bei Strafe ihres eigenen Untergangs durch die Konkurrenz nach Profit streben. Die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse ist immer nur Mittel zum Zweck der Kapitalverwertung. Es gibt daher keinen guten, vernünftigen und maßvollen Kapitalismus im Gegensatz zum schlechten, gewissenlosen und ausbeuterischen Kapitalismus des Finanzmarkts. Zweitens die Kritik, dass die Analyse des Finanzsektors automatisch verkürzte Kapitalismuskritik oder „struktureller Antisemitismus“ sei. Weil diese Sicht nicht die besonderen, relativ selbstständigen Formen des Finanzkapitals untersucht, ist sie selbst verkürzt und kann nicht die historischen Veränderungen der kapitalistischen Produktionsweise und ihre politische Bedeutung erkennen.

So türmten sich die, im fiktiven Kapital verkörperten, Eigentumsansprüche immer weiter auf: 2010 standen einem Weltsozialprodukt von 59 Billionen US-Dollar Eigentumstitel mit dem Anspruch auf Verzinsung von 211 Billionen Dollar gegenüber. Doch die Finanzmärkte können nur temporär überakkumuliertes Kapital aufnehmen, da sich ihre Kreisläufe nur begrenzt gegenüber dem Kreislauf des industriellen Kapitals verselbstständigen können. In der gegenwärtigen Krise macht sich deren innere Einheit gewaltsam geltend: die Einlösung der Renditeansprüche kann nur durch Kapitalvernichtung stattfinden. So sind die Krisen genauso alt wie der Kapitalismus und Produkt eben dieses Systems.

Die Frage ist, wessen Kapital vernichtet wird und wer in diesem Konflikt am wenigsten verliert. Seit den 1980er Jahren „lösten“ die Staaten die Krise durch Inwertsetzung von Unternehmen, durch Kriege um Öl, durch Ressourcenaneignung im Globalen Süden und durch einen zynischen Sozialabbau-Wettlauf über Ländergrenzen hinweg. Die Industrieverbände der jeweiligen Staaten verwiesen dabei fordernd auf die „günstigeren Investitionsbedingungen“ in den Ländern, welche die Umverteilung von unten nach oben bereits radikaler,

rücksichts- und schamloser umgesetzt hatten. Mit dem Wegfall des sozialistischen Lagers sind alle Lohnabhängigen weltweit zueinander in Konkurrenz um den geringsten Lohn und die höchste Produktivität gesetzt. So haben sich die Kräfteverhältnisse zwischen Bourgeoisie und Proletariat massiv zugunsten ersterer verschoben. Seit Beginn der 1990er-Jahre stagnieren die durchschnittlichen Reallöhne in den kapitalistischen Zentren, gleichzeitig nahm die Lohnspreizung, die Ungleichheit unter den Lohnabhängigen, zu. Die sozialen Folgen sind bekannt: Massenarbeitslosigkeit, Prekariisierung und wachsende soziale Ungleichheit. Die Stagnation der Reallöhne wurde dabei durch eine zunehmende Verschuldung der Lohnabhängigen kompensiert und die Privatisierung sozialer Sicherung weiter vorangetrieben.

Die BRD nimmt dabei eine Vorreiterrolle ein: die mit Agenda 2010, Hartz IV und der Ausweitung des Niedriglohnsektors durchgesetzte Disziplinierung der Lohnabhängigen in der BRD trieb die Durchsetzung der Austeritätspolitik in ganz Europa voran. So sind die Löhne in Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre erheblich langsamer gewachsen als in allen anderen EU-Ländern. Dies führte zu Wettbewerbsvorteilen der exportorientierten BRD,

sodass sich andere Länder verschulden mussten. Früher konnten die EU-Staaten den Verlust an Wettbewerbsfähigkeit durch die Abwertung der eigenen Währung teilweise abdämpfen. Seit Einführung des Euro ist das jedoch nicht mehr möglich, sodass der Druck zur Senkung von Löhnen, Sozialausgaben und Kapitalsteuern in der Peripherie steigt – das „Modell Deutschland“ wird europaweit exportiert. Der Sozialabbau in Griechenland, Spanien und Portugal wird früher oder später jedoch auf die Lohnabhängigen in Deutschland zurückschlagen und zu weiteren Lohnsenkungen führen.

Internationalismus

Klassenkampf statt Vaterland

Der im Zusammenhang mit der neoliberalen Offensive, also der Deregulierung des Waren- und Kapitalverkehrs, dem Abbau von Handelsgrenzen sowie dem systematischen Sozialabbau entstandene Begriff „Globalisierung“ drückt nichts anderes aus als die von Karl Marx und Friedrich Engels bereits vor über 160 Jahren festgestellte Tatsache, dass „[d]as Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte [...] die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel“ jagen lässt. Doch trotz des Siegeszuges des Neoliberalismus sind wir mit unserem Widerstand dagegen nicht alleine. Auf der ganzen Welt organisieren sich Menschen und kämpfen für eine befreite Gesellschaft und gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur. Diese Bewegungen sind vielfältig und mit unterschiedlichsten Problemen konfrontiert, doch sie alle richten sich gegen verschiedene Auswirkungen des Kapitalismus. Daher ist es für uns unerlässlich zu Menschen zu blicken, die sich organisieren und ähnliche Ziele verfolgen wie wir: uns zu solidarisieren, zu unterstützen und von den Kämpfen Anderer und der Art und Weise, wie sie sich organisieren, zu lernen.

In den letzten Jahrzehnten galt den Entwicklungen in Lateinamerika immer wieder die Aufmerksamkeit der Linken. Zahlreiche Projekte widerständiger Selbstorganisation im Zuge der bolivianischen Revolution haben Hoffnungen auf mögliche Veränderungen geweckt und Austauschprozesse in Gang gesetzt. Momentan werfen die seit längerem schwelenden Konflikte zwischen sozialen Bewegungen und den Regierungen, die sich dem Projekt des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ verschrieben haben, sowie der konservativen Konterrevolution, beispielsweise in Venezuela, neue und alte Fragen

zum Verhältnis revolutionärer Politik und Regierungstätigkeit auf.

Beeindruckendes Beispiel für die Notwendigkeit internationaler Solidarität ist aktuell der Aufbau des „Demokratischen Konföderalismus“ in Rojava und damit der Versuch, basisdemokratische und geschlechtergerechte Selbstverwaltung unter schwierigsten Bedingungen zu realisieren. Dieses Projekt hat eine wertvolle Strahlkraft für die gesamte Region. Für uns als internationalistische Linke ist in diesem Zusammenhang besonders relevant, dass auch die deutsche Regierung die kurdische Befreiungsbewegung bekämpft: zum einen durch die aktive Unterstützung der Türkei sowie durch Repression gegen Kurd_innen im eigenen Land. Insofern betrachten wir auch unsere Versuche, hier, im Herzen der Bestie, die Machtverhältnisse zu verändern als Teil internationaler Solidarität.

Auch wenn es richtig bleibt, dass der Hauptfeind im eigenen Land steht, hat die Linke eben nur eine Chance, wenn sie ihre auf nationaler Ebene ausgetragenen Kämpfe in einen internationalen Zusammenhang stellt. Nicht zuletzt die Kämpfe gegen die europäische Krisenpolitik haben uns das in den letzten Jahren eindrücklich vor Augen geführt. Auch deshalb wehren wir uns gegen alle Versuche, den Widerstand gegen die neoliberale Weltordnung anhand rassistischer und nationalistischer Grenzbeziehungen zu spalten und Menschen gegeneinander auszuspielen. Deswegen sind wir der Überzeugung, dass uns unser Streben nach einer befreiten Gesellschaft verbindet - ohne die jeweiligen Kontexte und die unterschiedlichen Voraussetzungen für diesen Kampf außen vor zu lassen.



Kapitalismus & Krieg

„Wie die Wolke den Regen“

Spätestens die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise Ende der 1920er und Anfang der 1930er Jahre sind uns Mahnung und Verpflichtung zugleich, den Kapitalismus und damit die Ursache der großen Mehrheit der modernen Kriege auf den Müllhaufen der Geschichte zu befördern. Hatte die Weltwirtschaftskrise auch den Aufstieg der faschistischen Bewegung in Deutschland und einen der fürchterlichsten Kriege der Menschheitsgeschichte zur Folge, gibt es auch heute keinen Grund sich zurückzulehnen, denn die kriegerische Realität ist allgegenwärtig. Der Kampf um Rohstoffe und Ressourcen und der Konkurrenzgedanke gehören zum Kapitalismus. Dass dieser Kampf auch militärisch ausgetragen wird, wo die politischen Bemühungen ins Leere laufen, bedarf keines Beweises mehr.

Der Jugoslawien-Krieg und auch der geostrategisch motivierte Krieg in Afghanistan sind beispielhaft für diese Entwicklung und markierten den Beginn der Etablierung der BRD als kriegsführender Staat nach 1990. Neu war lediglich die propagandistische Umdeutung einer Aggression in eine „humanitäre Intervention“. Um das linksliberale Bürgertum 1999 auf Kriegskurs zu bringen, bedurfte der deutsche Imperialismus einer bis dato diesbezüglich

unauffälligen Kraft: der Grünen. Seinerzeit trat der damalige Außenminister Joseph Fischer mit Sorgenfalten vor die Fernsehkameras und brachte die Widerwärtigkeit fertig, die erneute deutsche Bombardierung Jugoslawiens nach 1943 mit der Absicht zu „rechtfertigen“, er wolle ein neues Auschwitz verhindern.

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“ (Jean Jaurès)

Seitdem ist die Bundeswehr weltweit kontinuierlich an zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen beteiligt. Die aktive Teilnahme an Kriegen auf verschiedensten Ebenen scheint Teil des politischen Normalzustands geworden zu sein, innerhalb dessen es längst kein Tabu mehr ist, das Morden auf aller Welt mit der Durchsetzung „deutscher (Kapital-)Interessen“ zu begründen. Insofern ist es nur konsequent, dass die Wehrpflicht in Deutschland ausgesetzt und die Bundeswehr von einer „Verteidigungsarmee“ zu einer professionalisierten Einsatzarmee ausgebaut wurde.

Gleichzeitig tut sich die Linke mit klaren Stellungnahmen schwer. Dies wurde zuletzt angesichts der Kriege in Syrien und der Ukraine überdeutlich. Für uns ist die Relativierung oder gar

Aufgabe antimilitaristischer Positionen trotz unübersichtlicheren Lagen vor Ort keine Option. Der Hauptfeind steht für uns noch immer im eigenen Land. Insbesondere ist für uns nicht nachvollziehbar, wie Leute, die sich selbst in der Linken verorten, westliche Militärinterventionen befürworten können. Dennoch sind wir uns dessen bewusst, dass das traditionell linke Feld des Antimilitarismus komplexer geworden ist. Heutige Kriege sind zeitlich und räumlich zunehmend entgrenzt, die Profiteur_innen vielfältig und die Kriegsparteien unklar definiert. Neben der Kritik an deutscher Kriegseteiligung – durch Kampfeinsätze, Rüstungsexporte, Bereitstellung von Infrastruktur – müssen wir uns der Herausforderung stellen, linken Antimilitarismus breiter zu denken beziehungsweise stärker mit anderen Themen zu verknüpfen. Die Herausforderung besteht beispielsweise darin die Verbindung von Antiimperialismus und Antimilitarismus mit einer Kritik am europäischen Grenzregime und dem sogenannten Krieg gegen den Terror, der auch innenpolitisch zu einer verschärften Sicherheitspolitik führt, herzustellen. Dabei stehen wir erst am Anfang.



ter Gingold & Esther Béjarano



Erinnern

heißt Handeln!

Danaks wie heute: Gemeinsam gegen
Faschismus, Krieg und Reaktion!

Das politische
Streikrecht
erhalten!

Projekt Kommunismus

Von Gegenmacht und Widersprüchen

Wir leben in einer Welt schreiender Widersprüche zwischen Macht und Ohnmacht, Armut und Reichtum, Profitmaximierung und Zwang zur Lohnarbeit. Die gesellschaftlichen Widersprüche laufen dabei entlang verschiedener Herrschaftsachsen, die zwar ihre jeweils eigene Logik und Dynamik haben, aber miteinander verwoben sind, sich gegenseitig stützen und aufeinander aufbauen. In der Finanzkrise wurde ansatzweise erkannt, dass die in der Öffentlichkeit meist als getrennt begriffenen Krisenphänomene – Energie, Ressourcen, Arbeitsmarkt, Bildung, Geschlechterverhältnis etc. – Teil des Ganzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation

sind. Doch dem Krisenmanagement der bürgerlichen Kräfte ist es größtenteils gelungen, die sich in der Krise zusammenfügenden Elemente getrennt zu halten. Die gesellschaftlichen Widersprüche wurden so auf einer neuen Stufe, der erweiterten Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaften, bewahrt und vertieft. Die Abwälzung der Krise auf das Proletariat ist Folge und zugleich Bedingung für die relative Schwäche der Linken – insbesondere in der BRD. In einer Zeit, in der die radikale Linke geringen gesellschaftlichen Einfluss hat, ist es ihre Herausforderung die Risse in der herrschenden Ordnung aufzuspüren und zu vertiefen.

Klasse statt Szene

Dass mit der geringen Verankerung ihrer Positionen in der Gesellschaft eine generelle Schwäche der Linksradiakalen einhergeht, ist schon schlimm genug – noch schlimmer ist jedoch, dass allzu oft nicht versucht wird, diese gesellschaftliche Marginalisierung zu durchbrechen. Einerseits mag dies daran liegen, dass viele frustriert sind und sich zurückziehen, weil sie keine Möglichkeiten der Veränderungen sehen. Andererseits erschöpft sich linke Politik für viele in Szenepolitik, die von einem starken Selbstbezug gekennzeichnet ist und kaum mit der Gesellschaft um die Szene herum kommuniziert. Im linken Kosmos ist es eben doch gemütlich und viele ziehen es vor, sich um sich selbst zu drehen. Abgren-

zungswille, Vereinsmeierei und Organisierungsmüdigkeit führen dann dazu, dass große Teile der radikalen Linken weder ansprechbar sind, noch den Anspruch haben, in die Gesellschaft hineinzuwirken. Dies äußert sich (bewusst oder unbewusst) in Sprachcodes, Sprechweisen oder Kleidungsstil und im Führen realitätsferner Diskussionen. Auch wenn wir nicht meinen, dass dies zwangsläufig den Weg in die radikale Linke verbaut, so sehen wir darin dennoch Hürden, vor allem weil damit meist das Fehlen eines linken (Mitmach-)Angebots einhergeht. Symptomatisch für diese „autonome Szene“ ist es, aus einem bloßen gemeinsamen Konzertbesuch eine gemeinsame Weltanschauung abzuleiten, die

in Wahrheit überhaupt nicht existiert. Es geht in der Regel mehr um Lifestyle als um Inhalt: Auch wir schätzen Subkultur, halten es aber trotzdem für die Aufgabe der Linken in Klassen statt in Szenen zu denken. Vermeintliche Radikalität verstellt den Blick auf tatsächliche Lebensrealitäten und geht auf Kosten der Vermittelbarkeit der eigenen Positionen. Die Provokation ersetzt den Gedanken.

In diesem Zusammenhang sehen wir zwei Tendenzen, von denen wir uns deutlich abgrenzen möchten: erstens gegen eine zynische Kritik des Bestehenden, die alle realen Kämpfe und linken Interventionen denunziert, weil sie den Ansprüchen der vorgeblich richtigen Kritik nicht genügen. Mit absichtlich komplizierten

Die Zersplitterung überwinden

Begriffen und umständlicher Sprache wird versucht, Eindruck zu schinden. Ohne eigene Aktivitäten zu entfalten, steht eine solche Linke bequem am Beckenrand und motzt. Stets das Haar in der Suppe finden zu wollen, trägt ganz sicher nicht dazu bei, dass mehr Menschen von der Linken angesprochen werden. Zweitens gegen eine Politik, die alle Jahre wieder neue kommunistische Zirkel ans Licht der Öffentlichkeit treten lässt, die dann verkünden, die neue, einzig wahre Kommunistische Partei gründen zu wollen und dabei alles besser zu machen. Dem Ziel, eine soziale Gegenmacht für einen radikalen Bruch aufzubauen, kommt dabei kaum jemand näher. Da sich die radikale Linke bewusst von der herrschenden Gesellschaft abgrenzt, besteht immer die Gefahr, dass sie sich in der Produktion von Gegenwelten einrichtet. Dann etabliert sie sich als Szene. Die Gefahr kann nur dadurch vermieden werden, dass sich die radikale Linke kritisch artikuliert - und zwar nicht nur in Ablehnung, sondern hin auf Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Daher wollen wir Kritik im Handgemenge führen.

Wir wollen die Spaltung der Linken überwinden und eine soziale Gegenmacht mit entsprechender Schlagkraft aufbauen. Weil wir daran mitwirken wollen, dass die Linke stärker wird, ziehen wir uns eben nicht in Szene-Nischen, in Inaktivität oder ins Private zurück, sondern versuchen, linke Positionen in der Öffentlichkeit zu stärken – das kann u.a. der anti-kapitalistische Block auf einer Gewerkschaftsdemo, aber auch die Beteiligung an lokalen Arbeitskämpfen, Stadt(teil)politik oder politische Bildungsarbeit sein. Wer sich eine umfassende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in einem umwälzenden Prozess wünscht und es ernst damit meint, kommt nicht an dem Wagnis vorbei, eine linke, antikapitalistische Perspektive in möglichst breite Kreise der Gesellschaft zu tragen. Das beinhaltet auch die Frage, wie die eigenen inhaltlichen Positionen in einer Form ausgedrückt werden können, die auch gesellschaftlich vermittelbar ist. Die antikapitalistische Linke tut angesichts gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse Not, sich um ihre Wahrnehmbarkeit, um ihren Einfluss auf die öffentliche Meinung und um die Wirkmächtigkeit ihrer Positionen zu kümmern. Dafür halten wir es für unerlässlich die Zersplitterung der antikapitalistischen Linken zu überwinden und das Einigende, nicht das Trennende zu suchen. Nicht ohne Grund organisieren wir uns in der Interventionistischen Linken.

Wirksame linksradikale Intervention kann nicht losgelöst von anderen gesellschaftlichen Akteuren gedacht werden, sondern muss sich auf diese beziehen, sie kritisieren, sich zu ihnen positionieren und auch immer wieder mit ihnen kooperieren. Daher sind fortschrittliche soziale Bewegungen einer



Interventionistische Linke (IL)

unserer wichtigen Orientierungspunkte und Wirkungsfelder. In diesem Sinne bewegungsorientiert wollen wir gemeinsam mit den Menschen anhand ihrer Bedürfnisse und Lebenswelten Veränderung bewirken. Wir können von anderen Bewegungen lernen, uns mit ihnen hinterfragen und brauchen deshalb den intensiven Kontakt. Daher ist eine vertrauensvolle und verbindliche Bündnisarbeit Grundlage unserer politischen Praxis. Dass auch wir uns nicht in allen Inhalten und Programmpunkten wiederfinden, lässt sich aushalten, denn eine politische Praxis, die keinerlei Kompromisse eingehen kann, macht handlungsunfähig. Bündnispolitik heißt für uns auch, die spezifischen Kontexte, in denen die verschiedenen Kräfte stehen und kämpfen, zu berücksichtigen. Die Zusammenarbeit mit linken Parteien und Organisationen, den Gewerkschaften und sozialen Initiativen ist für uns ebenso selbstverständlich wie ein Zusammenwirken mit autonomen Linken.

Durch diese Zusammenarbeit wollen wir antikapitalistische Positionen in derlei Bündnissen zu ernstzunehmenden Positionen machen. Dabei sollten weder die Frage nach der Militanz, noch Streitereien über Ausdrucksformen und Politikstile zu Gretchenfragen aufgeblasen werden. Zielsetzung muss es sein, in die gesellschaftlichen Kämpfe einzugreifen, vermittelbar und handlungsfähig zu sein. Die Aktionsform des Zivilen Ungehorsams sehen wir in diesem Zusammenhang als effektives widerständiges Handeln, das gesellschaftlich vermittelbar ist. Ziel sollte dabei immer sein, möglichst viele Menschen „mitzunehmen“, kalkulierbaren Regelübertritt zu begehen und weitergehende politische Deutungsangebote zu machen.

Die zentralen Orte gesellschaftlicher Intervention liegen jeweils dort, wo Menschen mit den herrschenden Verhältnissen in Konflikt geraten. In solchen Auseinandersetzungen müssen wir präsent sein, die Kämpfe (mit)organisieren und die Kritik an den herrschenden Verhältnissen weiter treiben. Interventionsfähigkeit ist allerdings begrenzt, wenn sie allein lokal oder regional agiert. Autonome Kleingruppen fördern dabei oft eine Politik der ersten Person und der Szenepolitik in Szenestadtteilen. Größere gesellschaftliche Zusammenhänge werden aufgrund der beschränkten Blickwinkel häufig ignoriert und nicht verhandelt. Um die Plätze nach den Aufständen halten zu können und um nach den Aufständen die Gesellschaft anders gestalten zu können, braucht es daher eine Organisation, die Ressourcen, Erfahrungen, Kontinuität, strategische Überlegungen und praktisches Know-How in spontane Bewegungsprozesse einbringen kann – ohne die Bewegungen insgesamt vereinnahmen zu wollen. Statt eines kurzfristigen Eingreifens braucht es Intervention im Sinne einer langfristigen Präsenz jenseits schnell wechselnder Konjunkturen medialer Aufmerksamkeit. Eine überregionale Organisation, die in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen als wirksame Kraft wahrgenommen wird, kann dies leisten. Aus diesem Grund sind wir seit Herbst 2015 Teil der Interventionistischen Linken.



Für eine Linke vor Ort

Für die Stärkung linksradikaler Positionen in der Öffentlichkeit ist eine gesellschaftliche Verankerung unabdingbar. Es bedarf teils kleinschrittiger, mühseliger Arbeit vor Ort. Ein wesentlicher Punkt unserer lokalen Politik ist daher die Schaffung und das Betreiben linker Infrastruktur. Wenn wir das Ziel haben, gesellschaftliche Widersprüche zuzuspitzen, in ihrem Gesamtzusammenhang aufzuzeigen und sie

schließlich aufzubrechen, ist Infrastruktur sinnvoll, in der die Widersprüche auch tatsächlich räumlich zusammengeführt werden – Ziel ist also ein linkes Zentrum, das immer auch soziales Zentrum ist. Ein lokales Zentrum bietet darüber hinaus die Möglichkeit, Ansprechbarkeit, Kontinuität und Vertrauen zu schaffen. Wir wollen für verschiedenste Altersgruppen und Menschen unterschiedlichster Sozialisation ansprechend sein,

um in die Gesellschaft zu wirken. Aber eine Verankerung in der Stadt sollte sich nicht nur im Schaffen und Erhalten einer Räumlichkeit erschöpfen. Ein positives Beispiel einer basisdemokratischen und ansprechbaren lokalen Struktur sehen wir in der Linken Liste. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt verschiedener Linker und kann somit als ein Baustein einer generationsübergreifenden, linken Gegenbewegung vor Ort bezeichnet werden.



outro

Die Zersplitterung der Kämpfe, die auseinander gehaltenen gesellschaftlichen Widersprüche und die fehlenden Antworten auf die Schwäche der Linken haben häufig zwei Konsequenzen: Zum einen sehen zu wenige die Notwendigkeit, sich zu organisieren. Zum anderen führen bereits heute viel mehr Aktivist_innen an verschiedenen Orten, in verschiedenen Bewegungen oder Strukturen vereinzelte Kämpfe, ohne dass diese konsequent gemeinsam gedacht und verbunden werden. Beim Projekt Kommunismus stehen wir als organisierte Struktur vor vielen Herausforderungen: zum Beispiel das Spannungsfeld zwischen Offenheit der Strukturen und einem angemessenen Sicherheitsniveau, der Spagat zwischen Verbindlichkeit und Rücksicht auf unterschiedliche Lebensrealitäten, der

Versuch generationsübergreifende Strukturen zu schaffen oder das Verhältnis zwischen Vermittelbarkeit der eigenen Politik und inhaltlicher Klarheit. Von all diesen Herausforderungen, eigenen Ansprüchen und gesellschaftlichen Widersprüchen nicht zerrieben zu werden, stellt wohl die größte Herausforderung dar. Auch wir haben oft genug keine fertigen Antworten auf die vielen Fragen, müssen Fehler reflektieren und unsere Politik anpassen. Wir sind dabei fest davon überzeugt, dass es viele Menschen gibt, die ihre Politik nicht alleine, sondern gemeinsam strategisch bestimmen und mit uns aktiv werden wollen. Mit der Antifaschistischen Linken Freiburg (IL) wollen wir verantwortlich und solidarisch linke Politik gesellschaftlich handlungsfähig machen.



Aktiv werden in Freiburg

Offenes Antifatreffen Freiburg [OAT]



Das OAT ist ein offenes Treffen zur Vernetzung von einzelnen Antifaschist_innen, mit dem Ziel eine politische Basis zur Mobilisierung, Aktionsplanung und Demoanreise zu bieten. Wir wollen jedem Menschen, unabhängig von seiner_ihrer politischen Erfahrung, die Möglichkeit geben, sich zu engagieren, einzubringen und seinen_ihren Teil zur antifaschistischen Arbeit in der Region beizutragen. Join your local Antifa! Jeden 1. & 3. Freitag im Monat um 18:30 Uhr im Linken Zentrum *iadelante!*, www.liz-freiburg.org/oat // www.facebook.com/OatFr

Linkes Zentrum Freiburg *iadelante!*



Das Linke Zentrum *iadelante!* ist ein Ort, von dem aus verschiedene Menschen und Gruppen aktiv und offensiv linke Politik in die Gesellschaft tragen. Eine andere Welt ist möglich! Komm vorbei und bring dich ein! www.liz-freiburg.org

Rote Hilfe Freiburg



Die Rote Hilfe ist eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation. Ziel ist es durch solidarisches Handeln Einzelne nicht mit den materiellen und emotionalen Folgen von Repression allein zu lassen und darüber hinaus die politische Dimension von Repression zu thematisieren. Die Unterstützung für die Einzelnen soll zugleich ein Beitrag zur Stärkung der Bewegung sein. Wer von Repression betroffen ist oder sich in die Arbeit der Ortsgruppe einbringen möchte, kann bei unseren Sprechstunden vorbeikommen oder uns per Mail kontaktieren. freiburg@rote-hilfe.de // www.freiburg.rote-hilfe.de

Interventionistische Linke



Die Interventionistische Linke ist eine Organisation, die linke Politik wieder wirkmächtig machen will. Die IL ist in rund dreißig Städten u.a. in sozialen, antirassistischen, feministischen und Klimakämpfen aktiv und engagiert sich in den Bereichen Antifaschismus und Antikriegspolitik. www.interventionistische-linke.de

www.antifaschistische-linke.de
www.interventionistische-linke.org

